

Ohne Wohnsitzanmeldung kein Recht auf Teilhabe: Bündnis appelliert an Senat und fordert alternative Form der Registrierung

Berlin Wer in Berlin lebt, aber seinen Wohnsitz nicht anmelden kann, ist von vielen Rechten und Dienstleistungen der Stadt ausgeschlossen. Das Kampagnenbündnis „Anmeldung für Alle“ fordert deshalb den Berliner Senat in einem offenem Brief auf, eine alternative Registrierungsform für Menschen ohne Meldeadresse zu schaffen. Der Brief wurde von 27 Initiativen und Organisationen unterzeichnet, darunter der AWO Landesverband Berlin und das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Hauptadressatin ist Senatorin **Cansel Kiziltepe**, zuständig für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Hinter dem Bündnis und dem Brief steht die Feststellung eines strukturellen Problems in Berlin, was immer mehr Menschen betrifft: Wer in Berlin eine Wohnung dauerhaft bezieht, muss diese innerhalb von zwei Wochen als Wohnsitz anmelden – so steht es im Bundesmeldegesetz. Was aber, wenn man nur zur Untermiete wohnt und der*die Hauptmieter*in keine Wohnungsgeberbestätigung ausstellt? Viele Berliner*innen stehen vor dieser Hürde, da bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird und Wohnungssuchende oft auf den sekundären Wohnungsmarkt ausweichen müssen. Aber ohne Wohnungsgeberbestätigung keine Wohnsitzanmeldung und ohne Wohnsitzanmeldung keine Meldeadresse. Und wer keine Meldeadresse hat, kann z.B. nicht am Wohnort wählen gehen. Auch die Beantragung von Wohngeld und anderen staatlichen Hilfen hängt von der Anmeldung des Wohnsitzes ab. Das Kampagnenbündnis nennt diesen Ausschluss von Rechten und Dienstleistungen den sogenannten **„Teufelskreis der Anmeldung“**.

Migrant*innen sind von dessen Auswirkungen besonders betroffen, denn das Fehlen einer Wohnsitzanmeldung behindert die Integration und die Teilhabe in der Stadt-Gesellschaft erheblich: „Ohne Anmeldung erhält man keine Steuer-ID und kann dadurch keine Arbeit aufnehmen, wodurch wiederum die Suche nach einer langfristigen Wohnung mit Anmeldung kaum möglich ist. In dieser Situation kann man sein Leben nicht weiterführen“, erklärt Jasón Bustos, der seit Kampagnenstart im Bündnis aktiv ist.

Als Hintergrund für den Teufelskreis der Anmeldung verweist das Bündnis auf den anhaltenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum und den stetigen Zuzug nach Berlin, durch den sich ein breiter Sekundärmarkt für Untermieten entwickelt habe. Für viele Zugezogene seien solche Zwischenlösungen oft die einzige Möglichkeit, überhaupt eine Unterkunft zu finden. Dass sich viele nicht offiziell dort anmelden können, habe nicht nur soziale, sondern auch stadtplanerische Folgen: Eine unvollständige Erfassung der tatsächlichen Bevölkerung erschwert die Planung und kostet die Stadt erhebliche Mittel, wie zuletzt die Korrekturen der Zensuserhebung 2022 zeigten, die Berlin Millionenbeträge im Länderfinanzausgleich kosteten.

Als möglichen Ausweg aus dem Teufelskreis der Anmeldung schlägt das Bündnis in seinem offenen Brief die Einführung einer **Registrierungsnummer** oder **City-ID** vor – für Menschen, die in der Stadt leben, aber keine Meldeadresse vorweisen können. Diese Art der Registrierung solle den Status als Einwohner*in offiziell bestätigen und so den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, Rechten und Dokumenten sichern. „Eine Art City-ID könnte Berlin endlich inklusiver machen – sie würde anerkennen, dass Menschen hier leben,

arbeiten und Teil der Stadtgesellschaft sind, auch wenn sie keine Anmeldung vornehmen können. Und das ist kein utopischer Vorschlag: Die Möglichkeit einer City-ID wurde bereits in einer 2024 vorgestellten Machbarkeitsstudie für Berlin geprüft – mit positiven Ergebnissen“, erklärt Luiza Greve, die als Teil einer migrantischen Organisation im Bündnis mitwirkt.

Im offenen Brief verweist das Bündnis auf zahlreiche weitere alltägliche Hürden, die sich aus einem fehlenden Meldestatus ergeben. So können Betroffene ohne Wohnsitzanmeldung sich nicht als Selbständige oder Freiberuflerinnen registrieren, ihre Kinder nicht in lokalen Kitas oder Schulen anmelden oder eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten. „Eine Lösung dieses Problems ist für alle zentral – für Migrant*innen, Einheimische, wohnungslose Menschen und nicht zuletzt auch für die Stadtverwaltung“, betont Bustos. „Wir appellieren an den Berliner Senat, die strukturellen Hürden endlich ernst zu nehmen und konkrete Schritte einzuleiten, um allen Menschen, die in Berlin leben, ein gleichberechtigtes Ankommen und Teilhaben zu ermöglichen.“

Anmeldung für Alle ist ein Kampagnenbündnis, der von migrantischen Initiativen 2023 gestartet wurde. Heute beteiligen sich an dem Bündnis vor allem migrantische Selbstorganisationen, Wohlfahrtsvereine, Institutionen der sozialen Arbeit und politische Kollektive und Organisationen. Für Rückfragen, Interviewanfragen oder weitere Informationen zum offenen Brief können Sie sich direkt an das Bündnis wenden:

Kontakt:

Anmeldung für Alle

anmeldung-fuer-alle@riseup.net

<https://www.anmeldung-fuer-alle.org/de>